

Bericht

des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Bericht der Landesregierung (Nr. 146 der Beilagen) betreffend den Europapolitischen Vorhabensbericht 2023 - 2028 für die 17. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages

Der Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik hat sich in der Sitzung vom 17. Jänner 2024 mit dem Bericht befasst.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf erläutert eingangs, dass es im Verhältnis zu den anderen Bundesländern eine Besonderheit sei, dass in der Salzburger Landesverfassung festgelegt sei, dass die Regierung ihre Sicht auf Europa dem Landtag zu übermitteln und die einzelnen Themen und Bereiche zu beleuchten habe. Europapolitik sei Regionalpolitik und umgekehrt, weil es viele Bereiche gebe, die direkten Einfluss auf die Salzburger Politik und Gesetzgebung hätten. Zudem hebe Salzburg der Umstand heraus, dass man in einem föderal organisierten Land lebe und somit eigene Gesetzgebungskompetenzen aufweise. Es sei deshalb sehr wesentlich, dass das Land Salzburg die eigenen Positionen, vor allem in den eigenen Gesetzgebungsbereichen, im europäischen Kontext definiere und sich zu Wort melde. Im Amt der Salzburger Landesregierung habe man in den einzelnen Abteilungen ausgewiesene Europarechtsexpert:innen, die in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen nicht nur die Position Salzburgs verträten, sondern auch an der Weiterentwicklung in den einzelnen Bereichen mitwirkten und in Abstimmung mit anderen Regionen stünden. Für den Salzburger Landtag als Gesetzgeber sei es notwendig, Landesinteressen zu verfolgen und mitzugestalten. Der Europapolitische Vorhabensbericht bilde aktuelle Themen ab, stelle dar, wie sich Salzburg positioniere, was notwendig sei, um für Salzburg die besten Rahmenbedingungen herauszuholen und wie die regionalen Bedürfnisse eine adäquate Berücksichtigung finden könnten. Ein Dank ergehe in diesem Zusammenhang an Mag.^a Petz-Michez MBA M.E.S. (Landes-Europabüro). Sie sei die erste Anlaufstelle für Fragen und eine aktuelle Berichterstattung. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf merkt abschließend an, dass es wichtig und richtig sei, ein Mitglied der Europäischen Union zu sein und dies auch sehr viele Vorteile mit sich bringe. Sie wolle jedoch klarstellen, dass es notwendig sei, die Stimme zu erheben, die Positionierung von Regionen und Ländern mit Gesetzgebungskompetenz immer wieder zu unterstreichen und vor allem die Subsidiarität und die Verhältnismäßigkeit im Auge zu behalten.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA schickt voraus, dass die GRÜNEN dem Bericht nicht zustimmen würden, da einige Punkte enthalten seien, bei denen inhaltlich keine Übereinstimmung gefunden werden könne. Begrüßen würde sie hingegen den Umfang des Berichts. Dieser hebe hervor, wie wichtig die Einbettung in Europa für die Region sei und zeige die Vielfältigkeit der europäischen Identität auf. Im Regierungsübereinkommen sei Europa jedoch mit drei

Punkten das kürzeste Kapitel, was große Kritik und Verwunderung bei den GRÜNEN hervorgerufen habe. In weiterer Folge wolle sie einzelne Bereiche aus dem Bericht aufgreifen, die sehr gut aufzeigten, was man an der Institution Europäischen Union habe. Kritisch sehe ihre Partei vor allem die Bereiche Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Hinsichtlich des Green Deal werde angeführt, dass es eine außerordentliche Herausforderung für alle Akteure werde, diesen umzusetzen, insbesondere für die öffentliche Verwaltung, Unternehmen, aber auch einzelne Bürger:innen. Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA bestätigt, dass dies eine große Aufgabe sei, die jedoch angepackt werden müsse. Dies betreffe auch die Thematik der Wiederherstellung der Natur, welche von konservativen Kräften sehr kritisch gesehen werde. Hier brauche es klare und verbindliche Vorgaben und Vereinbarungen, um mit Tempo in die Umsetzung zu kommen. Von der Europäischen Union kämen Richtlinien zur Unterstützung der Energiewende, welche das ganze Land forderten. Zudem gebe es sehr gute Forderungen der Europäischen Union hinsichtlich wichtiger Themen, wie beispielsweise im Bereich der Armutsbekämpfung, Gleichstellung und Integration sowie Inklusion. Zuletzt bringt Klubobfrau Abg. Mag.^a Berthold MBA drei Entschließungsanträge ein, die sich auf die Punkte und Empfehlungen des Berichts beziehen und bittet die Expert:innen um einen Statusbericht des Projekts EU-BELONG in den europäischen Ländern:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, die aktuellen Personalressourcen in der Höhe von 1,3 Vollzeitäquivalente im Bereich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung wieder auf den Personalstand von Mitte 2023 - und damit um 2 Vollzeitäquivalente - anzuheben, um die Vorhaben des Europapolitischen Vorhabensberichts 2023 - 2028 in diesem Bereich auch umsetzen zu können.

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, ein Bürger:innenbeteiligungsmodell für Windkraftanlagen zu entwickeln und die konkrete Umsetzung beim Windkraftprojekt Lehmberg zu unterstützen.

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert, zur raschen Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationshintergrund das Projekt EU-BELONG (interkultureller Ansatz für die Integration von Migrant:innen in den Regionen Europas) umgehend umzusetzen.

Abg. Dr.ⁱⁿ Klausner schildert, dass der Bericht sehr übersichtlich und die wesentlichen Bereiche bzw. Kapitel sehr gut angesprochen worden seien. Den Bereich der Mobilität und gerade das Projekt Tauern-Pyhrn-Schober-Achse habe sie sich genauer angesehen. Ihr sei bewusst, dass es hier bereits Bestrebungen seitens der Europäischen Union gegeben habe. Es sei aber notwendig, die Umsetzung des Gesetzgebungsverfahrens, welches derzeit noch im Laufen sei, im Blick zu haben, weil dies sehr zentral für Salzburg sei.

Abg. Mag. Eichinger stellt einleitend fest, dass der Bericht seitens der KPÖ PLUS unterstützt werde, jedoch habe er diesbezüglich Anmerkungen und Fragen. Vor allem im Gesundheitsbereich sehe man, dass die Unterstützung der EU Entwicklungen beschleunige, beispielsweise mit dem Programm der Community Nurses. Diesbezüglich frage er sich, wie die weitere Fi-

finanzierung dieses Programms aussehe. In manchen Bereichen fehle noch eine konkrete Ausgestaltung, wie zum Beispiel bei der Arzneimittelreform, der Strategie zur mentalen Gesundheit und generell in den Bereichen Wohnen und Bildung. Gut sei, dass es hinsichtlich des Fachkräftemangels EU-weit zu einer Regelung kommen solle, um einheitliche Vorgaben und Richtlinien sicherzustellen. Außerdem sei zu begrüßen, dass eine unterstützende Weiterführung des ERASMUS-Programms geplant sei. Dies schärfe das Verständnis für andere Kulturen und Lebensgewohnheiten so früh wie möglich.

Abg. Schaflechner MSc MBA schildert als Projektträger und somit Geschäftsführer des Regionalverbandes des gesamten Lungaus in Beantwortung auf die Frage von Mag. Eichinger, dass das Projekt Community Nurses sehr gut laufe. Er habe bereits eine Schriftliche Anfrage an den zuständigen Landesrat gestellt, um eine zeitliche Abstimmung zu finden. Es habe vom Land Salzburg über die Agenda 21 eine Online-Veranstaltung für alle teilnehmenden Pilotregionen gegeben, in der alle Gemeinden bzw. Regionen bestätigt hätten, dass eine Weiterführung anzustreben sei. In Abstimmung mit dem Bund seien die Mittel hierfür nun in Landeskompetenz übergeben worden und werde er sich dafür einsetzen, dass hier eine gute Lösung für alle Pilotregionen getroffen und dieses Projekt zukünftig auch weiter ausgebaut werde.

Mag.^a Petz-Michez MBA M.E.S. (Landes-Europabüro) schildert den Statusbericht des Projekts EU-BELONG in den europäischen Ländern. Konkret laufe das Projekt seit 1. Jänner 2022 mit einer Laufzeit von 36 Monaten. Es werde von einem Netzwerk der Versammlung der Regionen koordiniert und es würden über 30 Regionen an diesem Projekt teilnehmen.

Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf weist darauf hin, dass die in den Entschließungsanträgen der GRÜNEN enthaltenen Forderungen der konkreten Abwicklung unterschiedlicher Ressorts unterlägen. Beim gegenständlichen Tagesordnungspunkt handle es sich hingegen lediglich um einen Vorhabensbericht. Da man den Fokus auf die tatsächlichen Kompetenzen des Landes legen müsse, beantrage sie, den Bericht der Landesregierung betreffend „den Europapolitischen Vorhabensbericht 2023 - 2028 für die 17. Gesetzgebungsperiode des Salzburger Landtages“ zur Kenntnis zu nehmen.

Klubobmann Abg. Dr. Schöppl schließt sich den Ausführungen von Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf an, dass der Bericht zur Kenntnis zu nehmen sei. Hinsichtlich der Entschließungsanträge der GRÜNEN gibt er zu verstehen, dass es nicht machbar sei, mit einem kurzfristig eingebrachten Entschließungsantrag in der geforderten Form in die Personalplanung einzugreifen. Das Bürger:innenbeteiligungsmodell sei ein uraltes Thema der FPÖ, und eine Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrationshintergrund falle neben der Kompetenz des Landes hauptsächlich in die des Bundes und des AMS.

Die drei Entschließungsanträge der GRÜNEN werden jeweils mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Anschließend wird der Erledigungsvorschlag abgestimmt, der mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und KPÖ PLUS gegen die Stimme der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen wird.

Der Ausschuss für Europa, Integration und regionale Außenpolitik stellt mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und KPÖ PLUS gegen die Stimme der GRÜNEN -- sohin mehrstimmig - den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Der vorgelegte Europapolitische Vorhabensbericht 2023 - 2028 für die 17. Gesetzgebungsperiode wird zur Kenntnis genommen.

Salzburg, am 17. Jänner 2024

Der Vorsitzende:

HR Prof. Dr. Schöchler eh.

Die Berichterstatterin:

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 31. Jänner 2024:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ, SPÖ und KPÖ PLUS gegen die Stimmen der GRÜNEN - sohin mehrstimmig - zum Beschluss erhoben.